

Bebauungsplan 'Unterm Kuhlweg'

- Ortsgemeinde Veitsrodt –

Umweltbericht

(Stand: 17.08.2012)

PLANWERKSTATT 21

Hauptstraße 20
55758 Niederhosenbach

Telefon: 06785 / 9435034

Fax: 06785 / 9435036

E-mail: winfried.wendling@t-online.de

Bearbeitung:

Winfried Wendling

Landschaftsarchitekt

Dipl.-Ing. (FH) Landespflege

Dipl.-Ing. Raum- und Umweltplanung

Bauleitplan: Bebauungsplan 'Unterm Kuhlweg' **Ortsgemeinde Veitsrodt**

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen / Auftrag.....	3
1.1 Veranlassung der Planung.....	3
1.2 Vorbemerkungen zum Umfang und zum Detaillierungsgrad des Umweltberichtes.....	3
1.3 Aufgabe des Umweltberichtes	4
2. Beschreibung der Planung.....	4
2.1 Inhalt und wichtigste Ziele des Bebauungsplanes	4
2.2 Umweltprüfungsrelevante Festsetzungen des Bebauungsplanes.....	4
3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung.....	6
3.1 Schutzgut Mensch.....	6
3.2 Schutzgüter Tiere / Pflanzen / Arten und Biotope.....	7
3.3 Schutzgut Boden.....	9
3.4 Schutzgut Wasser.....	9
3.5 Schutzgut Klima / Luft.....	10
3.6 Schutzgut Landschaftsbild	10
3.7 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	10
3.8 Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern / biologische Vielfalt.....	10
4. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen.....	11
4.1 Vermeidungs- und Verringerungsmaßnahmen.....	11
4.2 Ausgleichsmaßnahmen	12
Pflanzenliste für Pflanzfestsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB	13

INHALT KARTENTEIL:

Karte 1: Bestandsplan (Maßstab 1:1000)

Karte 2: Maßnahmenplan (Maßstab 1:1000)

1. Vorbemerkungen / Auftrag

1.1 Veranlassung der Planung

Die Ortsgemeinde Veitsrodt beabsichtigt, für eine Fläche am Südrand der Ortslage von Herborn, auf der Gemarkung Veitsrodt, einen Bebauungsplan aufzustellen. Das landwirtschaftliche Anwesen des Lindenhofes liegt auf der Gemarkung Veitsrodt, es grenzt jedoch direkt an die Ortslage von Herborn an. An das Anwesen grenzen nach Norden und Nordwesten Wohnbauflächen an. An der Südöstlichen Seite grenzt eine etwas tiefer gelegene Lagerfläche für Baustoffe an bevor die L 175 angrenzt. Nach Süden grenzen landwirtschaftliche Betriebsflächen und Weideland an. Zur Realisierung von zwei Wohngebäuden an dem landwirtschaftlichen Anwesen soll das landwirtschaftliche Anwesen auf der Gemarkung Veitsrodt planungsrechtlich überplant und gesichert werden.

Der Auftrag für den Umweltbericht wurde Landschaftsarchitekt Winfried Wendling, Niederhosenbach, erteilt.

1.2 Vorbemerkungen zum Umfang und zum Detaillierungsgrad des Umweltberichtes

Gemäß 2 Abs. 4 BauGB legt die Gemeinde im Hinblick auf die erforderliche Umweltprüfung *"für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist"*.

Aufgrund

- der Tatsache, dass es sich um eine weitgehend baulich in Anspruch genommene Fläche eines landwirtschaftlichen Anwesens handelt
- der hohen ökologischen Vorbelastung des seit langem als Lager- bzw. Abstellfläche des landwirtschaftlichen Betriebes genutzten Geländes
- der Ortsbildästhetischen Vorbelastung

kann an dieser Stelle eine ausführliche Erörterung mehrerer einschlägiger Umweltprüfungs-Parameter gemäß der Anlage 1 (zu § 2 Abs. 4 und § 2a) BauGB entfallen, zumal es sich nur um die relativ kleinräumige Änderung der Zulässigkeit baulicher Anlagen handelt, die zudem überschaubare und nicht erhebliche umweltrelevante Auswirkungen zur Folge hat.

➤ Außerdem erscheinen aus diesem Grund eine ausführliche Beschreibung und Bewertung der Lebensräume und des Landschaftsbildes (*'Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes des Plangebietes und der voraussichtlich erheblich beeinflussten Gebiete'*) sowie die Formulierung naturschutzfachlicher *Zielvorstellungen bei Nicht-Durchführung der Planung* entbehrlich.

Abwägungsrelevante Aussagen dazu erfolgen jedoch ggf. im Rahmen der nachfolgenden Erläuterungen.

1.3 Aufgabe des Umweltberichtes

Zur angemessenen Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB ist gemäß § 2 Abs. 4 BauGB für alle Bauleitpläne eine **Umweltprüfung** durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden.

Diese sind in einem **Umweltbericht** gemäß den Vorgaben der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB zu beschreiben und zu bewerten. Der Umweltbericht stellt somit die Ergebnisse der Umweltprüfung dar.

Der Umweltbericht ist ein selbstständiger Bestandteil der Begründung zum Bauleitplan. Er ist mit der Offenlage des Bauleitplan-Entwurfes vorzulegen.

Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

2. Beschreibung der Planung

Im Folgenden werden die für die Umweltprüfung relevanten Inhalte und Ziele des Bauleitplans kurz erläutert.

2.1 Inhalt und wichtigste Ziele des Bebauungsplanes

Der Inhalt und die wichtigsten Ziele des Bebauungsplanes sind der Begründung des Bebauungsplanes 'Unterm Kuhlweg' zu entnehmen, deren Bestandteil der vorliegende Umweltbericht ist.

Es sollen zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung die notwendigen Mindestfestsetzungen erfolgen. Im Hinblick auf die bestehende Nutzung und die geplante Veränderung ist ein einfacher Bebauungsplan mit der Festsetzung Dorfgebiet (MD) geplant.

2.2 Umweltprüfungsrelevante Festsetzungen des Bebauungsplanes

Ermittlung und Gegenüberstellung der vorhandenen und der potentiellen Versiegelung und Überbauung des Plangebiets.

Das Plangebiet umfasst das landwirtschaftliche Anwesen mit seinen dazugehörigen Betriebsflächen, die weitgehend durch die landwirtschaftlichen Gebäude, Anlagen und Nutzungen geprägt sind. Durch eine extensivere landwirtschaftliche Nutzung werden nicht mehr alle bauliche Anlagen für die landwirtschaftliche Produktion benötigt.

Nachfolgend werden die bestehende und die geplante Nutzung einander gegenübergestellt.

1. bestehende Nutzung und Anteil versiegelter Flächen

<i>Wohngebäude</i>	<i>ca. 140 m²</i>	
<i>Wirtschafts- und Nebengebäude</i>	<i>ca. 1.510 m²</i>	
Gebäude insgesamt		ca. 1.650 m ²

<i>versiegelte Hofffläche (Pflaster-, Betonfläche)</i>	<i>ca. 540 m²</i>	
<i>Fahrsilo (Betonfläche)</i>	<i>ca. 1.430 m²</i>	
<i>Gülesilo</i>	<i>ca. 200 m²</i>	
voll versiegelte Flächen		ca. 2.170 m ²

<i>teilversiegelte Wege- Abstell- und Lagerfläche</i> <i>(wassergebundene Wegedecke, Schotterflächen,</i> <i>verdichteter Boden)</i>	<i>ca. 4.200 m²</i>	
teilversiegelte Flächen		ca. 4.200 m ²

Summe voll und teilversiegelte Flächen **ca. 8.020 m²**

<i>Nutz- und Freizeitgarten</i>	<i>ca. 1.180 m²</i>	
<i>Gehölzflächen</i>	<i>ca. 3.200 m²</i>	
<i>Gras- und Ruderalflächen</i>	<i>ca. 1.900 m²</i>	
nicht versiegelte Flächen		ca. 6.280 m ²

Gemäß § 19 (4) BauNVO darf die zulässige überbaubare Grundfläche durch die Grundfläche von baulichen Anlagen wie Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten etc. um bis zu 50 % überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8.

2. geplante Nutzung und Anteil versiegelter Flächen

<i>geplante Grundfläche</i>		
<i>ca. 8.050 m² x max. GRZ 0,6</i>	<i>4.830 m²</i>	
<i>Zulage zulässige Grundfläche</i>		
<i>ca. 8.050 m² x 0,2</i>	<i>1.610 m²</i>	

potentiell mögliche Versiegelung insgesamt **ca. 6.440 m²**

nicht versiegelte Flächen	ca. 7.860 m ²
---------------------------	--------------------------

Insgesamt nimmt in Zukunft der Anteil der nicht versiegelten Fläche um 1.580 m² zu. Unter Berücksichtigung der bisher teilversiegelten Fläche mit einem Abflussbeiwert von 0,6 ergibt sich in etwa der gleiche Versiegelungsgrad von Bestand und Planung.

Bei der geplanten Nutzung ist nicht mit der vollständigen Ausschöpfung des Versiegelungsgrades eines Dorfgebietes zu rechnen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der zukünftige tatsächliche Versiegelungsgrad unter dem derzeitigen Versiegelungsgrad liegen wird.

Es werden folgende umweltprüfungsrelevante Festsetzungen im Bebauungsplan getroffen:

Kriterium	Maß
Größe Plangebiet	ca. 14.300 m ²
Brutto-Baufläche	ca. 8.050 m ²
Grundflächenzahl (GRZ)	max. 0,6
Überschreitung der GRZ nach § 19 (4) BauNVO	Maximale Versiegelung in einem Dorfgebiet liegt bei 0,8
Straßenverkehrsflächen	ca. 600 m ² Planstraße
	ca. 260 m ² Wirtschaftsweg

3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Im Folgenden erfolgt – als Grundlage für die daraus abzuleitende Eingriffs-/Ausgleichs-Bilanzierung - eine bewertende Beschreibung der Konflikte der Planung mit den verschiedenen Schutzgütern.

3.1 Schutzgut Mensch

Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie auf die Bevölkerung insgesamt sind überwiegend in Form der Zunahme von Lärm durch wohnbauliche Nutzung und neu entstehenden Fahrzeug-Verkehr zu erwarten, wovon naturgemäß die angrenzende Wohn- und Mischbebauung am stärksten betroffen sein wird.

Es ist aber nicht absehbar, dass diese Zunahme das übliche Maß überschreiten könnte, das immer gegeben ist, wenn ein Neubaugebiet in Nachbarschaft zum Bestand realisiert wird. Durch die Änderung in der Bewirtschaftungsintensität der Flächen ist mit einer Verringerung des landwirtschaftlichen Fahrverkehrs zu rechnen.

Durch die Festsetzungen der Art der baulichen Nutzung erfolgt keine Intensivierung bestehender und neuer Nutzungsarten.

Gesundheitsschädigende Folgen sind auszuschließen.

Auch findet durch die neue Bebauung eine Veränderung des Ortsbildes statt, die zudem Auswirkungen auf die unmittelbar angrenzenden Bestand hat, da hier möglicherweise geringfügig Ausblicke verändert bzw. begrenzt werden. Auch dies kann aber in keinem Fall als erhebliche Beeinträchtigung für die hier wohnenden Menschen gewertet werden.

3.2 Schutzgüter Tiere / Pflanzen / Arten und Biotope

Bestehende Biotopstrukturen

Aktuell wird das Plangebiet weitgehend durch die aktuelle Nutzung des Geländes durch den landwirtschaftlichen Betrieb geprägt. Dementsprechend sind die vorhandenen Biotopstrukturen mehr oder weniger anthropogen beeinflusst. Zur Zeit wird der Betrieb mehr durch extensive Landwirtschaft und der Landwirtschaft nahestehende Nutzungen geprägt. Die bestehenden Gebäude werden noch für extensive Viehwirtschaft genutzt. Das gesamte Betriebsgelände wird noch als Lager- und Abstellfläche für Geräte, Maschinen und Materialien genutzt. Die Nutzung ist nicht mehr so intensiv, es werden jedoch noch alle Flächen in Anspruch genommen. Der östliche Teilbereich des Plangebietes ist durch die landwirtschaftlichen baulichen Anlagen und das Wohnhaus geprägt. Zur Kempfelder Straße wird das Anwesen durch eine geschnittenen Hainbuchenhecke (*Carpinus betulus*) begrenzt. Die Freiflächen um die Gebäude sind weitgehend stark versiegelt. Südlich an das Wohnhaus und die angrenzenden Betriebsgebäude befindet sich der Nutz- und Freizeitgarten der Anwohner.

Der Gebäudekomplex wird im nördlichen Teil zur weiteren westlich gelegenen Betriebsfläche durch eine Baum und Strauchhecke begrenzt. Der westliche Teil des Plangebietes wird weitgehend durch landwirtschaftliche Lager- und Betriebsflächen geprägt. Der Nutzbereich wird fast komplett durch Gehölzbestände umgrenzt, die jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Während die südlichen und westlichen Gehölzbestände durch relativ naturnahe Baumgehölze gebildet werden (Leitarten sind vor allem Spitzahorn - *Acer platanoides*, Feldahorn - *Acer campestre*, Birke - *Betula pendula*, Vogelkirsche - *Prunus avium* und Hainbuche - *Carpinus betulus*, Sträucher treten nur vereinzelt auf) ist die nach Norden bestehende Eingrünung nicht sehr naturnah gestaltet. Die entlang des Kuhlweges bestehende Abpflanzung setzt sich im Kern aus einer Fichtenhecke (*Picea abies*), zum Kuhlweg aus einer schnellwachsenden Gehölzpflanzung mit dominierenden Pappeln und zum Betriebsgelände aus einzelnen Obstgehölzen zusammen. Sowohl die Fichtenhecke als auch die schnellwachsenden Gehölze werden regelmäßig zurückgeschnitten. Entlang des Kuhlwegs verläuft eine Freileitung, wodurch das Höhenwachstum der Hecke begrenzt wird.

Innerhalb dieser Betriebsfläche finden sich entlang einer kleinen Böschung weiter einzelnen Baumgehölze wie z.B. Spitzahorn - *Acer platanoides*.

Ein Teil der Betriebsfläche wird durch das über 1400m² große Fahrsilo geprägt. Der überwiegende Teil der Restfläche wird als Lager- und Abstellplatz genutzt. Je nach Nutzungsgrad bildet sich eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Ruderalvegetation. Oberhalb der südlichen Böschung verläuft die Zuwegung für die nach Westen angrenzenden Weiden. Dieser Weg wird sehr stark durch die Weidetiere genutzt, die ständig zwischen den landwirtschaftlichen Gebäuden und den Weiden im Westen wechseln. Durch die Trittbelastung findet sich in diesem Wegebereich eine spärliche Trittvegetation.

Die bestehenden, prägenden Gehölzstrukturen sollen weitgehend durch entsprechende Festsetzungen gesichert werden. Angesichts der relativ geringen Bedeutung des Plangebietes als Lebensraum werden lediglich leicht ersetzbare Biotoptypen von dem Eingriff betroffen und die vernetzende Struktur der Gehölze nur unwesentlich beeinträchtigt.

Durch entsprechende Maßnahmen im Plangebiet ist mittelfristig sogar mit einer Verbesserung des Habitatangebotes zu rechnen, wobei allerdings gleichzeitig die Störintensität etwas verändert wird.

- Schutzgebiete nach Naturschutzrecht:

Das Plangebiet liegt am Randes des Naturparks Saar-Hunsrück.

Das Plangebiet liegt vollständig im Landschaftsschutzgebiet 'Hochwald - Idarwald mit Randgebieten'. Es handelt sich hierbei um ein sehr großflächiges Landschaftsschutzgebiet mit 47.182 ha (Nr. 613401).

Für beide Gebiete gilt, dass Flächen, die innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes im Sinne des § 30 des Bundesbaugesetzes und innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile im Sinne des § 34 des Bundesbaugesetzes liegen, nicht Bestandteile des Landschaftsschutzgebietes sind.

- *Die Vorgaben der Schutzverordnung werden beachtet. Der Schutzzweck wird durch die Planung nicht beeinträchtigt. Beeinträchtigungen sowie Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung oder zum Ausgleich werden in den nachfolgenden Kapiteln erläutert.*

- Pauschal geschützte Flächen (§ 30 Abs. 2 BNatSchG): keine

- Biotopkartierte Fläche: keine

Aus den umfangreichen ausgewerteten Unterlagen liegen keine Erkenntnisse oder Anhaltspunkte dafür vor, dass im Sinne des § 44 BNatSchG besonders geschützte oder streng geschützte Arten von der Überplanung des Gebietes nachteilig betroffen sein könnten; vielmehr ist das Vorkommen solcher Arten aufgrund der vorgefundenen Biotopstrukturen und den vorliegenden Daten als sehr unwahrscheinlich anzusehen.

**Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie (Fortpflanzungs- und Ruhestätten),
besonders geschützte Arten nach BNatSchG und europäischer Vogelarten gem.
Vogelschutzrichtlinie**

Im Rahmen der Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen ist zu klären, ob Beeinträchtigungen von Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie, besonders geschützte Arten nach BNatSchG oder europäischer Vogelarten gem. Vogelschutzrichtlinie betroffen sind. Nachfolgend soll festgestellt werden, ob gegen den Verbotstatbestand nach Art. 12, 13 FFH-RL bzw. Art. 5 VS-RL verstoßen wird. Werden durch die Planung des NBG 'Unterm Kuhlweg' Fortpflanzungsstätten oder Ruhestätten (wird nachfolgend als Lebensstätten

zusammenfasst) geschützter Tiere tangiert? Nahrungs- bzw. Jagdbereiche fallen grundsätzlich nicht in den Schutzbereich sind jedoch bei geringen Raumansprüchen der Tiere fast identisch.

Hinsichtlich der Vielzahl der zu untersuchenden Tierarten erfolgen Eingrenzungen und Zusammenfassungen. Auf Grundlage der Auswertungen von Steckbriefen und Verbreitungskarten kann das Spektrum der betroffenen Tierarten deutlich eingegrenzt werden.¹ An Hand der Auswertungstabelle, auf Basis der TK25, für Rheinland-Pfalz wurden nachgewiesenen Tierarten und solche mit potenziellem Vorkommen für die Bereiche der TK 25 6209 – Idar-Oberstein und 6109 – Hottenbach zusammengestellt.

Das überplante Gebiet bietet nicht die Voraussetzungen als Lebensstätte der geschützten Arten. Es gibt kein Nachweis auf das Vorhandensein geschützter Arten. Im näheren Umfeld des Plangebiets findet sich der Biotoptyp auf dem der Eingriff entsteht in vielfältigen Ausprägungen und in ausreichender Quantität und Qualität wieder. Vorkommende Tierarten finden hier ausreichende Lebensstätten entsprechender Quantität und Qualität.

3.3 Schutzgut Boden

Der Boden des Plangebiet ist zur Zeit durch die verschiedenen landwirtschaftlichen Nutzungen als Lager- und Abstellplatz, Fahrsilo, das landwirtschaftliche Anwesen mit seinen Haupt- und Nebengebäuden und intensive Standflächen von Weidetiere sehr stark beeinträchtigt. Durch die spätere zulässige Nutzung ist in Teilbereichen mit einer Entsiegelung zu rechnen.

Insgesamt kann mit einer Verbesserung der Situation für das Schutzgut Boden ausgegangen werden.

Die Ermittlung des Flächenverbrauchs durch Überbauung und zu erwartende Neuversiegelung siehe Punkt 2.2.

Durch die Neuordnung im Plangebiet kommt es nicht zu einer Neuversiegelung. Je nach Ausnutzungsgrad der Grundflächenzahl der entstehenden baulichen Anlagen kann es zu einer Entsiegelung kommen.

3.4 Schutzgut Wasser

- Es sind keine Still- oder Fließ-Gewässer direkt von dem Vorhaben betroffen.
- Sofern das Oberflächenwasser auf der Fläche zurückgehalten werden kann, ist keine Abflussverschärfung im Vorfluter und damit keine Beeinträchtigung zu erwarten.

¹ Im Auftrag des Landesbetriebes Straßen und Verkehr (heute Landesbetrieb Mobilität) wurde ein Handbuch der streng geschützten Arten in Rheinland Pfalz herausgegeben. Koblenz 2005

Falls die vorgesehene Versickerung des Oberflächenwassers auf der Fläche umgesetzt wird (dazu s.u.), können solche nachteiligen Veränderungen des Wasserhaushaltes jedoch weitestgehend ausgeschlossen werden

3.5 Schutzgut Klima / Luft

- Geringfügige Erhöhung der Wärmebelastung ('Stadtklima') im Plangebiet selbst und an den angrenzenden Siedlungsabschnitten (durch Abstrahlung befestigter Flächen und Fassaden, durch Windverfrachtung von Emissionen aus zusätzlichem Verkehr und Hausbrand sowie durch den Verlust von Kaltluft produzierenden Flächen).
- Die derzeitige lokalklimatische Funktion der Planungsfläche bzw. die bei einer Bebauung zu erwartenden Auswirkungen sind insgesamt jedoch vernachlässigbar gering, zumal im Rahmen von Begrünungsmaßnahmen zusätzliche Grünstrukturen im Plangebiet entstehen werden, die - ebenso wie die geplanten offenen Oberflächenwasser-Ableite- und -Versickerungsflächen - mittel- bis langfristig bioklimatisch günstig wirken und zu erwartende Beeinträchtigungen ausgleichen.
- Begrenzt auf die Bauzeit sind verstärkt Immissionen von Lärm, Staub und Abgasen zu erwarten.

3.6 Schutzgut Landschaftsbild

- Durch angemessene Eingrünung zwischen den baulichen Anlagen und einer innere Durchgrünung des Baugebietes erfolgt mittel- bis langfristig eine Minderung des nachteiligen Eindrucks, zumal durch die Planung keine landschaftsästhetisch wichtigen Strukturen verloren gehen.

3.7 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

- Kulturgüter sind von der Planung nicht betroffen.

3.8 Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern / biologische Vielfalt

Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander sind, soweit sie erkennbar und von Belang sind, bereits in den einzelnen Kapiteln über die Schutzgüter behandelt worden.

Die Wechselwirkungen im Zuge von Baumaßnahmen, die durch die Planung ermöglicht werden, beziehen sich im Wesentlichen auf die Flächeninanspruchnahme mit der Folge der

Bodenzerstörung durch Überbauung bzw. Versiegelung und somit primär auf den Bodenhaushalt.

Hierdurch werden naturgemäß gleichzeitig die bekannten Wirkungen auf den Wasserhaushalt, auf Lebensräume (Pflanzen und Tiere), auf das lokale Klima (Mikro-, Kleinklima) sowie auf die Landschaft und letztlich auch auf den Menschen ausgelöst; die hier jedoch insgesamt von geringer Bedeutung sind.

Der geringe Gehölzverlust kann durch die Neuanpflanzung auf den Grundstücksflächen kompensiert werden.

4. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

4.1 Vermeidungs- und Verringerungsmaßnahmen

Erhalt von Vegetationsbeständen

Um den Eingriff in das Orts- bzw. Landschaftsbild zu mindern werden bestehende Gehölze weitgehend zum Erhalt festgesetzt. Aufgrund des Vorhabens in einem Landschaftsschutzgebiet kommt der Festsetzung der Erhaltung von wichtigen Biotopstrukturen eine grundlegende Bedeutung hinsichtlich der naturschutzfachlichen Vertretbarkeit des Eingriffes zu. Diese Bereiche wurden frühzeitig festgelegt und die Planung daran weitestmöglich orientiert.

Dies führte zur Festsetzung folgender **Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB:**

- 2 markante Laubbäume (Linden)
- ca. 3.300 m² geschlossener Baum- und Strauchgehölzfläche, u.a. die große Böschung zur L 175, der Gehölzbestand zwischen dem bestehenden landwirtschaftlichen Gebäude und der geplanten Bebauung, dem südwestlichen Gehölzbestand zur freien Landschaft hin und des westlichen Teils der nördlichen Eingrünung zum Kuhlweg.

Die entsprechenden Bäume bzw. Gehölzflächen sind gemäß DIN 18920 bzw. nach den Vorgaben der RAS-LP 4 (Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen) zu schützen und von jeglicher Bautätigkeit freizuhalten. Dieser Schutz ist bei Bäumen durch das Abstecken bzw. Markieren des Traufbereiches der Bäume, bei sonstigen Biotopen mit Pflöcken in einem Abstand von ca. 5 m um sie herum zu erreichen. In diesen Bereichen ist das Befahren mit schwerem Gerät ebenso zu unterlassen wie die Lagerung jeglicher Arbeitsmaterialien und -geräte.

Bei Verlust ist der Bestand – in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bei der Kreisverwaltung - gleichwertig zu ersetzen.

Bei der Realisierung des Vorhabens ist zu beachten, dass es nach § 39 Abs. 5 Nr. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verboten ist, *"Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen"*; zulässig sind allenfalls *"schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen"*. Der Zeitpunkt der Bauausführung ist daher zur Schonung des Vegetationsbestandes, aber auch der Fauna, möglichst in die Periode zwischen Ende Oktober bis Ende Februar zu legen

Sammlung und Versickerung von Niederschlagswasser

Von den Dachflächen anfallendes Niederschlagswasser ist möglichst auf dem jeweiligen Grundstück zur Versickerung zu bringen. Die Einrichtung einer Zisterne mit Pumpe zur Brauchwassernutzung ist zulässig und erwünscht.

Exkurs: Der Bauleitplan muss noch keine abschließende konkrete Regelung des Umgangs mit dem anfallenden Niederschlagswasser enthalten, aber grundsätzlich erkennen lassen, wie die Problematik gelöst werden soll und z.B. durch die Bereitstellung entsprechender Flächen oder die Festlegung von Leitungsrechten die hierfür notwendigen Voraussetzungen schaffen, die dann im Rahmen der Erschließungsplanung bzw. der örtlichen Abwassersatzung zu konkretisieren bzw. umzusetzen sind.

Gemäß dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 30.08.2001 (AZ: 4 CN 9.00) kann die Versickerung anfallenden Regenwassers auf Privatgrundstücken aus städtebaulichen Gründen nach § 9 (1) Nr. 20 oder auch nach Nr. 14 BauGB vorgeschrieben werden.

Für die Sammlung des Niederschlagswassers in Zisternen bzw. seine Wiederverwendung als Brauchwasser enthält jedoch § 9 (1) BauGB keine Rechtsgrundlage. Die Einrichtung von Zisternen mit Brauchwassernutzung kann demnach im Bauleitplan lediglich in Form eines Hinweises **empfohlen** werden, ist jedoch über eine entsprechend gestaltete örtliche Abwassersatzung oder aber – in Abhängigkeit von den Eigentumsverhältnissen – über privatrechtliche Verträge regelbar.

4.2 Ausgleichsmaßnahmen

Baumpflanzungen und Grüngestaltung der unbebauten Bereiche der privaten Grundstücke

Zur inneren Durchgrünung des Dorfgebietes sind bei der Errichtung neuer baulicher Anlagen auf den einzelnen Grundstücken Bäume I. oder II. Ordnung zu pflanzen.

Im Dorfgebiet sind mindestens 50% der Flächen außerhalb der zulässigen Grundfläche gemäß § 19 BauNVO gärtnerisch anzulegen. Je 150 qm gärtnerisch angelegter Fläche ist

mindestens 1 hochstämmiger Obstbaum oder 1 standortgerechter, heimischer Laubbaum zu pflanzen und zu erhalten.

An Bäumen I. oder II. Ordnung sind heimische Arten aus der nachfolgenden Pflanzenliste oder zumindest Kulturformen der genannten Arten zu verwenden. Als Obstbäume sind alte Regionalsorten zu wählen, wie sie beispielhaft ebenfalls in der nachfolgenden Pflanzenliste aufgeführt sind.

Mindest-Pflanzqualitäten:

Bäume I. und II. Ordnung: Hochstamm, 3 x verpflanzt, Stammumfang 12-14 cm,

Obstbäume: Hochstamm auf Sämlingsunterlage, 2 x verpflanzt, Stammumfang 8-10 cm,

Landschaftssträucher: 2 x verpflanzt, 60-100 cm hoch.

Pflanzenliste für Pflanzfestsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB

im öffentlichen und privaten Raum

a) Bäume

Bäume I. Ordnung

Acer platanoides - Spitzahorn
Acer pseudoplatanus - Bergahorn
Aesculus hippocastanum - Rosskastanie
Fagus sylvatica - Rotbuche
Fraxinus excelsior - Esche
Juglans regia - Walnuss
Quercus petraea – Traubeneiche
Quercus robur - Stieleiche
Tilia cordata - Winterlinde
Tilia platyphyllos - Sommerlinde
Ulmus carpinifolia - Feldulme

Bäume II. Ordnung

Acer campestre - Feldahorn
Betula pendula - Sandbirke
Carpinus betulus - Hainbuche
Malus sylvestris - Wildapfel
Mespilus germanica - Mispel
Prunus avium - Vogelkirsche
Prunus padus - Traubenkirsche
Pyrus pyraeaster - Wildbirne
Sorbus aria - Mehlbeere
Sorbus aucuparia - Eberesche

b) Landschaftssträucher

Cornus mas - Kornelkirsche
Cornus sanguinea - Roter Hartriegel
Corylus avellana - Waldhasel
Crataegus monogyna - Eingriff. Weißdorn
Crataegus oxyacantha - Zweigriff. Weißdorn
Euonymus europaeus - Pfaffenhütchen
Ligustrum vulgare - Rainweide
Lonicera xylosteum - Heckenkirsche
Prunus mahaleb – Weichselkirsche

Prunus spinosa – Schlehe
Ribes alpinum - Johannisbeere
Rosa arvensis - Feldrose
Rosa canina - Hundsrose
Rosa rubiginosa - Weinrose
Sambucus nigra - Schwarzer Holunder
Viburnum lantana - Wolliger Schneeball
Viburnum opulus - Wasserschneeball

c) Obstbäume

Äpfel:

(Sämling; vorzugsweise Saatgut der Sorten 'Grahams Jubiläum' und 'Bittenfelder')

Bohnapfel	Gewürzluiken	Brettacher	Hauxapfel
Roter Boskoop	Schafsnase	Winterrambour	Rote Sternrenette

Birnen:

(Sämling; vorzugsweise Saatgut der 'Kirchensaller Mostbirne')

Alexander Lucas	Bosc's Flaschenbirne	Pastorenbirne	Gute Graue
Weiler'sche Mostbirne	Gute Luise	Clapps Liebling	Gellerts Butterbirne

Pflaumen:

(Sämling auf Prunus myrobalana-Unterlage)

Hauszwetsche	Graf Althans	Ortenauer	Zimmers Frühzwetsche
Lützelsachser Frühzwetsche		Bühler Frühzwetsche	

Kirschen:

(auf Vogelkirschensämling)

Geisepitter	Unterländer	Hausmüllers Mitteldicke
Große Prinzess-Kirsche		Schneiders Späte Knorpelkirsche
Hedelfinger Riesenkirsche		Frühe Rote Meckenheimer
Büttners rote Knorpelkirsche		

Mirabellen, Renekloden:

(Sämling auf Prunus myrobalana-Unterlage)

Nancymirabelle	Große Grüne Reneklode	Reneklode aus Oullins
----------------	-----------------------	-----------------------

oder vergleichbare Regionalsorten.

Bebauungsplan 'Unterm Kuhlweg'

Ortsgemeinde Veitsrodt

Fachbeitrag Naturschutz zum Umweltbericht



Fachbeitrag Naturschutz zum Umweltbericht



Bebauungsplan 'Unterm Kuhlweg'

Ortsgemeinde Veitsrodt

Fachbeitrag Naturschutz zum Umweltbericht



Legende

- Wohngebäude
- Wirtschafts- und Nebengebäude
- voll versiegelte Flächen, Asphaltflächen, Betonflächen wie Fahrsilo und Güllebehälter
- versiegelte Flächen, Betonpflasterflächen
- teilversiegelte Flächen, wassergebundene Decken, Schotterwege, Lager- und Abstellflächen, sehr intensiv genutzte Freilandbereiche der Weideterre
- Nutz- und Freizeitgärten
- Gehölzflächen, einheimisch und standortgerecht
- Gehölzflächen, gemischte Bepflanzung (Nadel- und Laubgehölze)
- geschlossene Laubhecke
- standortgerechte Laubbäume
- Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Planwerkstatt 21

Bebauungsplan 'Unterm Kuhlweg'
Fachbeitrag Naturschutz zum Umweltbericht
Ortsgemeinde Veitsrodt

Plan 1
Bestandsplan

Maßstab 1:1.000 25.07.2012

Bearbeiter: Dipl.-Ing. W. Wendling
Landschaftsarchitekt

Fachbeitrag Naturschutz zum Umweltbericht

[illegible]